

Tagesordnung:

Seite:

Öffentlicher Teil

1.	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung	3
2.	Genehmigung der Niederschrift vom 17.01.2012 (Protokoll-Nr. 11)	3
3.	Bericht der Verwaltung	3
3.1.	Verkehrsunfallentwicklung 2011	3
3.2.	August-Hinrichs-Straße und Brokhauser Weg -Tonnagebegrenzung und Geschwindigkeitsreduzierung - StruVA 17.01.2012, Top 7 d. N. (Protokoll Nr. 11) VA 28.02.12, Top 6.7 d. N. (Protokoll Nr. 18)	4
3.3.	Bloher Landstraße (K 137)	4
3.4.	Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik	4
3.5.	Umrüstung öffentlicher Fahrradständer	5
3.6.	Neues Material für den Straßenbau	5
4.	Aussprache über die Bereisung	6
5.	Straßensanierungsprogramm 2012/2013 Vorlage: BV/2012/063	6
6.	Kreisverkehr für die Kreuzung Diekweg/Mastenweg/Langer Damm in Ohrwege hier: Antrag von Ratsmitglied Egon Oetjen vom 17.1.2012 Vorlage: BV/2012/066	8
7.	Aufpflasterung in der Straße Brummerforth Vorlage: BV/2012/068	9
8.	Winterdienst Vorlage: BV/2012/070	10
9.	Anfragen und Hinweise	11
9.1.	Fahrradverkehr Wiefelsteder Straße/Oldenburger Straße	11
9.2.	Barrierefreiheit, Bordsteinabsenkungen	11
9.3.	Schaltung Ampelanlage Mühlenstraße	12
9.4.	Zusätzliche Müllbehälter	12
9.5.	Hundekot im Ufergarten	12
9.6.	Anpflanzung von Weißdorn	12
9.7.	Behindertenparkplätze entlang der Ortsdurchfahrt	12
10.	Einwohnerfragestunde	13
10.1.	Winterdienst	13

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

AV Frau Imkeit eröffnet die Sitzung.

Es werden einstimmig festgestellt:

- a) die rechtzeitige Übersendung der Tagesordnung,
- b) die Beschlussfähigkeit,
- c) die Tagesordnung, wie sie zu Beginn der Niederschrift aufgeführt ist.

2 Genehmigung der Niederschrift vom 17.01.2012 (Protokoll-Nr. 11)

Die Niederschrift vom 17.01.2012 (Protokoll Nr. 11) wird einstimmig genehmigt.

- 10, 66 -

3 Bericht der Verwaltung

3.1 Verkehrsunfallentwicklung 2011

AM D. Meyer hatte sich in der letzten Sitzung des StruVA nach den Zahlen der Verkehrsunfallentwicklung bzw. den Unfallschwerpunkten aus 2011 für Bad Zwischenahn erkundigt.

Von der zuständigen Polizeiinspektion Oldenburg-Stadt/Ammerland wurde uns für den Landkreis Ammerland die Verkehrsunfallstatistik des vergangenen Jahres inzwischen übersandt.

Im Vergleich zu 2010 sind die Unfallzahlen im Ammerland erfreulicherweise gesunken (2010 = 2.456 Unfälle, 2011 = 2.282 Unfälle). Davon ereigneten sich 602 Unfälle in der Gemeinde Bad Zwischenahn. Bezogen auf den gesamten Landkreis hat sich die Anzahl der Leichtverletzten verringert. Bei den Schwerverletzten hat die Zahl zugenommen.

2010	502 Leichtverletzte	2010	80 Schwerverletzte
2011	436 Leichtverletzte	2011	86 Schwerverletzte

Bei der Anzahl der Verkehrstoten hat sich die Anzahl leicht verringert. 2010 waren im Landkreis Ammerland 8 Verkehrstote zu beklagen; in 2011 waren es 7 tödlich verletzte Personen.

Als häufigste Unfallursachen wurden Vorfahrtverstöße, Fehler beim Wenden bzw. Rückwärtsfahren, Fehler beim Einfahren in den Fließverkehr, Abbiegefehler und überhöhte Geschwindigkeit genannt.

Auf die Gemeinde Bad Zwischenahn bezogen konnten keine Unfallschwerpunkte, d. h. Streckenabschnitte mit besonderer Unfallhäufung bzw. Häufung von Unfällen mit derselben Unfallursache, festgestellt werden.

Der Dienststellenleiter des Polizeikommissariats Bad Zwischenahn, Herr Kreikebaum, hat sich bereit erklärt, die Ergebnisse des Verkehrsunfallberichtes in einer Sitzung des Straßen- und Verkehrsausschusses zu erläutern. Die Verwaltung schlägt vor, auf dieses Angebot für die Herbst-Sitzung zurückzukommen.

Auf Anfrage von AM Schlieker antwortet Frau Hohensee, dass auch Fahrradunfälle im Unfallbericht aufgeführt sind.

- 66 -

**3.2 August-Hinrichs-Straße und Brokhauser Weg
-Tonnagebegrenzung und Geschwindigkeitsreduzierung -
StruVA 17.01.2012, Top 7 d. N. (Protokoll Nr. 11) VA 28.02.12, Top 6.7 d. N. (Protokoll
Nr. 18)**

In der Sitzung des StruVA am 17.01.2012 wurde die Verwaltung um Prüfung gebeten, inwieweit Möglichkeiten bestehen, die komplette August-Hinrichs-Straße und den Brokhauser Weg als 30-km/h-Zone auszuweisen.

Die Angelegenheit wurde zur Prüfung zuständigkeitshalber an den Landkreis Ammerland weitergeleitet und soll bei nächster Gelegenheit im Rahmen der Verkehrsbesprechung, an der auch die Gemeinde teilnimmt, erörtert werden. Die weitere Beratung ist daher für eine spätere Sitzung des Straßen- und Verkehrsausschusses vorgesehen.

Die abschnittsweise Tonnagebegrenzung der August-Hinrichs-Straße und des Brokhauser Weges, wie im StruVA 17.01.2012 dargestellt, wird kurzfristig umgesetzt.

- 66 -

3.3 Bloher Landstraße (K 137)

Wie uns vom Landkreis Ammerland mitgeteilt wurde, ist im Rahmen der letzten Sitzung des Straßenbauausschusses des Landkreises die Prüfung beantragt worden, inwieweit eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 50 km/h auf der Bloher Landstraße im Verlauf der gesamten Strecke zwischen Bloh und dem Kreisverkehrsplatz möglich wäre.

Der Landkreis Ammerland, als zuständiger Straßenbaulastträger, wird dem Antrag auf Geschwindigkeitsreduzierung auf der Kreisstraße nicht nachkommen. Hierfür bestehe keine verkehrliche Notwendigkeit, da dort nachweislich nicht zu schnell gefahren werde.

- 66 -

3.4 Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik

In 2011 wurde eine Förderung für die Umrüstung von 200 Leuchten an Kreis- und Landesstraßen auf LED-Technik bewilligt. Inzwischen ist die Umsetzung dieser Maßnahme abgeschlossen. Im Ergebnis kann festgestellt werden, dass die neuen Leuchten trotz erheblich geringeren Stromverbrauchs den Verkehrsraum besser ausleuchten und für weniger Streulicht sorgen.

Wie im letzten Straßen- und Verkehrsausschuss vorgeschlagen, wurde ein neuer Förderantrag gestellt, der die Umrüstung von weiteren Straßenleuchten auf LED-Technik beinhaltet. Umgerüstet werden sollen 196 Straßenleuchten an Hauptverkehrsstraßen (hohe Leuchten, bisher 145 Watt, künftig 31 Watt bzw. 48 Watt an Kreuzungen und bei großen Leuchtenabständen) sowie 570 alte Siedlungsleuchten (bisher 28 Watt, künftig 11 Watt).

Umgerüstet werden sollen die Siedlungsbereiche mit den ältesten Leuchten, die sich hauptsächlich in Bad Zwischenahn, Petersfehn und Ofen befinden. Über den Antrag wurde noch nicht entschieden. Erfahrungsgemäß kann dies noch einige Zeit in Anspruch nehmen, da sehr viele Anträge gestellt wurden.

AM Schlieker fragt nach, wann voraussichtlich mit einer Förderzusage gerechnet werden könne. Nach Aussage von AL Bischoff kann nach den Erfahrungen des letzten Jahres voraussichtlich erst im September/Okttober d. J. mit einer Zusage gerechnet werden, sofern die Gemeinde Fördermittel erhält.

- 66 -

3.5 Umrüstung öffentlicher Fahrradständer

Verwiesen wird auf die Beratungen im Straßen- und Verkehrsausschuss am 17.01.2012, 4 d. N., und im VA am 28.02.2012, 6.5 d. N. Es wurde beschlossen, die öffentlichen Fahrradständer entlang der Ortsdurchfahrt von Bad Zwischenahn (einschließlich Bahnhofstraße) auf Anlehnbügel umzurüsten.

In der Zwischenzeit wurde für die Umrüstung von rund 60 öffentlichen Fahrradabstellplätzen ein Antrag auf Förderung nach dem Zile-Programm gestellt. Eine Förderung wurde bereits zugesichert. Die Maßnahme wird nun mit 50 % der Nettokosten gefördert.

Vorab war die Maßnahme im Rahmen des ILEK-Programmes (Integriertes ländliches Entwicklungskonzept) mit der Stadt Westerstede und der Gemeinde Edewecht abgestimmt worden, die sich dieser Maßnahme angeschlossen haben.

Nach Durchführung einer Ausschreibung wird der Austausch der Fahrradständer kurzfristig vorgenommen.

- 66 -

3.6 Neues Material für den Straßenbau

In den Medien wurde in den letzten Jahren des Öfteren über ein neues Material berichtet, welches den Unterbau und die oberen Tragschichten von Straßen besser gegen „Verschleiß“ schützen soll. Hierzu hatte es auch Anfragen von Ratsmitgliedern gegeben.

Die Berichte bezogen sich auf das Material einer Münchner Firma. Der Internetpräsenz ist zu entnehmen, dass die Firma 2009 gegründet wurde und sich spezialisiert hat auf die Erforschung und Entwicklung von nanotechnologischen Verfahren in den Bereichen Bau, Korrosions- und Brandschutz.

Das patentierte Produkt kann für den **Unterbau** von Straßen und Wegen eingesetzt werden. Für Fahrbahndeckschichten ist es nicht geeignet. Besondere Vorteile bringt es, wenn die Einbautemperaturen weit unter 0° Celsius liegen, da bei diesen Temperaturen sonst kein Straßenbau möglich ist. Die wässrige Dispersion soll letzte offene Poren in der Tragschicht der Straße füllen und so ein Eindringen von Wasser und dadurch auch Frostaufbrü-

che verhindern. Gleichzeitig wird dem Unterbau der Straße Zement zugeführt. Zum Einsatz kam dieses Material bislang nur auf einigen Teststrecken z. B. der Brennerautobahn und in Sibirien bei tiefen Einbautemperaturen. Der Hersteller verspricht deutlich längere Haltbarkeit der Straßen.

Bei Anfragen bei der Straßenbauverwaltung Oldenburg sowie mehreren Fachfirmen und Ingenieurbüros musste festgestellt werden, dass dieses Produkt bisher keinen Einsatz findet. Die Verwaltung hat mehrfach versucht, von der Firma nähere Angaben über das Produkt (die über die Beschreibungen im Internet hinausgehen), den Vertrieb und auch die Kosten in Erfahrung zu bringen. Dies ist bislang nicht gelungen. Auch scheint die Firma über kein Vertriebsnetz zu verfügen. Daher kann zurzeit noch keine abschließende Bewertung von Kosten und Nutzen des Produkts vorgenommen werden.

- 66 -

4 Aussprache über die Bereisung

In der Sitzung werden von den Ausschussmitgliedern und Vertretern der Verwaltung Anmerkungen zu den verschiedenen Punkten des Bereisungsprogramms gemacht.

5 Straßensanierungsprogramm 2012/2013 Vorlage: BV/2012/063

Frau Dipl.-Ing. Schlichting erläutert ausführlich die Grundlagen und das Verfahren zur Erstellung der Straßenzustandsbewertung. Diese werde jährlich nach einer anerkannten Richtlinie erstellt und berücksichtige neben dem Zustand auch die Verkehrsbedeutung einer Straße. Im Ergebnis entstehe eine Prioritätenliste mit den dringlichsten Straßenbaumaßnahmen.

Im Anschluss erläutert Frau Schlichting die Beschlussvorlage der Verwaltung mit den Sanierungsvorschlägen für 2013 und dem für 2012 zusätzlich vorgeschlagenen „Sonderprogramm“, welches mit eingesparten Mitteln bei der Sanierung des Portsloger Dammes finanziert werden könne.

In der anschließenden Diskussion erkundigt sich stellv. AM Helms zunächst nach dem Zustand des Regenwasser- und Schmutzwasserkanals in der Straße Auf der Wurth. Frau Schlichting antwortet, dass die Gemeindewerke für Wasser und Abwasser derzeit Untersuchungen durchführen würden. Sollte Sanierungsbedarf am Regenwasser- oder Schmutzwasserkanal festgestellt werden, müssten diese ggf. mit saniert werden.

AM Haake befürchtet zusätzliche Kosten und spricht sich daher dafür aus, zunächst die Untersuchungen der Gemeindewerke abzuwarten, um einen Überblick darüber zu bekommen, in welchem Zustand der Regenwasserkanal und der Schmutzwasserkanal in der Straße Auf der Wurth sind.

FBL Oeljeschläger entgegnet, dass im Falle eines Sanierungsbedarfs der Kanäle sich die Gemeindewerke anteilig auch an den Kosten der Straßensanierung beteiligen würden; dies wirke sich dann positiv auf die Straßenbaukosten aus, die aus allgemeinen Haushaltsmitteln zu bestreiten seien.

AM Autenrieb spricht sich dafür aus, nur die Nebenanlagen zu sanieren und die Fahrbahn

zunächst im jetzigen Zustand zu belassen. Die Schäden in der Fahrbahn würden sich dämpfend auf die Geschwindigkeit auswirken.

AM D. Meyer spricht sich dafür aus, die Fahrbahn der Straße Auf der Wurth mit Klinkern zu sanieren. Eine Bauweise in Asphalt sei zwar billiger, aber nach seiner Auffassung nicht die günstigste Lösung. Eine gepflasterte Fahrbahn sei später einfacher zu reparieren. Bei einer Bauweise in Asphalt sehe jede zukünftige Flickstelle unsauber aus. Die Optik und der Erhalt des historischen Charakters dieser Straße sollten Vorrang haben. Sollte man die Straße auf der Wurth sanieren, spreche er sich aus akustischen Gründen für die Verwendung neuer Klinker aus.

AM D. Meyer beantragt, aus Kostengründen zunächst nur die Gehwege zu erneuern und die Fahrbahn der Straße Auf der Wurth nur auszubessern, was seiner Auffassung nach ausreichend sei.

Die AM Autenrieb und Brettschneider schließen sich dem Antrag an.

FBL Meyer gibt zu bedenken, dass bei einer Reparatur der Schadstellen die Kosten für die Unterhaltung stetig weiter ansteigen würden, da die Straße neben den erkennbaren Absackungen auch Auswaschungen im Bereich der Fugen zwischen den Klinkern habe, was bedeute, dass sich Klinker aus dem Verbund lösen könnten.

Diskutiert wurde des Weiteren, für welche Straßensanierungen im nächsten Jahr Förderanträge nach dem PROFIL-Programm gestellt werden sollen.

AM Hinrichs **beantragt**, dass für den Steenkampweg in 2013 kein Förderantrag auf PROFIL-Mittel gestellt werden solle, sondern nur für den Imkerweg und die Mittellinie. Die Sanierung der beschriebenen Teilabschnitte dieser beiden Straßen hätte nach der Straßenzustandsbewertung eine höhere Priorität als eine Sanierung des Steenkampwegs.

In der anschließenden **Abstimmung** wird zunächst über die Anträge der AM D. Meyer und Hinrichs abgestimmt.

- Antrag von AM D. Meyer: In der Straße auf der Wurth sollen im Rahmen des Straßensanierungsprogrammes 2013 zunächst nur die Gehwege erneuert werden. Die Fahrbahn soll lediglich ausgebessert werden.

Abstimmungsergebnis: - einstimmig -

- Antrag von AM Hinrichs, für den Steenkampweg für 2013 keinen Antrag auf PROFIL- Fördermittel zu stellen:

Abstimmungsergebnis: - einstimmig -

Anschließend wird über die verbleibenden beiden Punkte des Beschlussvorschlages der Verwaltung abgestimmt:

- 2012 sollen zusätzlich zu den bisherigen Maßnahmen die **Pestallozzistraße** und der **Tulpenweg** in Bad Zwischenahn mit einer neuen Fahrbahndecke versehen werden.
- Nur nachrichtlich:
Die für die Durchführung der straßenbaulichen **Flurbereinigungsmaßnahmen** vorgesehene finanzielle Beteiligung der Gemeinde am Flurbereinigungsverfahren ist

haushaltsmäßig ebenfalls im Zuge der Haushaltsplanberatungen für 2013 zu beordnen.

Abstimmungsergebnis: - einstimmig -

Daraus ergibt sich folgender Beschlussvorschlag an den VA:

Beschlussvorschlag:

Dem VA wird vorgeschlagen, dem nachfolgenden Vorschlag zuzustimmen:

- a) 2012 sollen zusätzlich zu den bisherigen Maßnahmen die **Pestalozzistraße** und der **Tulpenweg** in Bad Zwischenahn mit einer neuen Fahrbahndecke versehen werden.
- b) In der Straße auf der Wurth sollen im Rahmen des Straßensanierungsprogrammes 2013 zunächst nur die Gehwege erneuert werden. Die Fahrbahn soll lediglich ausgebessert werden.
- c) Vorbehaltlich einer Förderung im Rahmen des PROFIL-Programmes sollen in 2013 der **Imkerweg** in Helle oder die **Mittellinie** in Kayhauserfeld (Teilabschnitt zwischen dem Kleefelder Weg und dem Birkenweg) saniert werden. Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechende Förderanträge zu stellen. Die haushaltsplanmäßige Beordnung erfolgt im Zuge der Haushaltsplanberatungen für 2013.
- d) Nur nachrichtlich: Die für die Durchführung der straßenbaulichen **Flurbereinigungsmaßnahmen** vorgesehene finanzielle Beteiligung der Gemeinde am Flurbereinigungsverfahren ist haushaltsmäßig ebenfalls im Zuge der Haushaltsplanberatungen für 2013 zu beordnen.

- 66 -

6 Kreisverkehr für die Kreuzung Diekweg/Mastenweg/Langer Damm in Ohrwege hier: Antrag von Ratsmitglied Egon Oetjen vom 17.1.2012
Vorlage: BV/2012/066

Die Beschlussvorlage wird von Frau Hohensee erläutert.

Nach kurzer Diskussion fasst der Straßen- und Verkehrsausschuss folgenden

Beschlussvorschlag:

Der Straßen- und Verkehrsausschuss empfiehlt dem Verwaltungsausschuss, den Ausbau und Umbau der Kreuzung Altenkamp/Diekweg/Mastenweg zu einem Kreisverkehrsplatz nicht zu befürworten.

Abstimmungsergebnis: - einstimmig -

- 66 -

7 **Aufpflasterung in der Straße Brummerforth**
Vorlage: BV/2012/068

Die Beschlussvorlage wird von Frau Hohensee erläutert.

In der anschließenden Diskussion macht AM D. Meyer zunächst darauf aufmerksam, dass Aufpflasterungen in Wohngebieten immer Vorteile und Nachteile hätten. Aus eigenen Erfahrungen berichtet er darüber, dass die Verkehrssituation am Mittelweg und an der Straße Am Delf mit den bestehenden Aufpflasterungen gut funktioniere. Die Abstände zwischen den Aufpflasterungen seien genau richtig. Am Brummerforth gebe es drei Aufpflasterungen, von denen eine ggf. beseitigt werden solle. Das funktioniere nach seiner Auffassung nicht. Das Argument der Verwaltung, die Geschwindigkeit würde sich erhöhen, könne er nachvollziehen.

AM Schlieker führt aus, seines Erachtens sei die bestehende Bauweise der Aufpflasterung am Brummerforth ohnehin nicht mehr zeitgemäß. Er spricht sich für eine Beseitigung aus.

Stellv. AM Helms gibt zu bedenken, dass sich die gemeindlichen Gremien vor einigen Jahren mit einem Antrag von Anliegern aus dem Mastenweg auf Beseitigung einer Auspflasterung in Höhe des Rosenweges zu beschäftigen hatten. Dieser Antrag wurde seinerzeit abgelehnt. Aus Gleichbehandlungsgründen spricht er sich dafür aus, auch diesem Antrag auf Beseitigung der Aufpflasterung nicht zuzustimmen.

AM Haake ist der Meinung, dass der Verkehr auf dem Brummerforth nicht schneller werde, auch wenn dort eine der drei Aufpflasterungen beseitigt werde. An der Einmündung zur Straße Junkerbült würde die Vorfahrtregelung „rechts vor links“ gelten. Außerdem würden Fahrzeuge auf dem Parkstreifen und auf dem Brummerforth bei der Zahnarztpraxis Helmich parken. Das enge die Straße zeitweise stark ein. Durch die Vorfahrtregelung und die parkenden Fahrzeuge reduziere sich die Geschwindigkeit automatisch.

Nach Auffassung von AM Autenrieb ist eine Beseitigung der Aufpflasterung mit einer Kostenübernahme durch den Antragsteller unter bestimmten Umständen vertretbar. Man solle allerdings „nicht nur“ die Aufpflasterung beseitigen, sondern stattdessen Fahrbahneinengungen nach heutigem Standard einbauen. Auch diese Kosten solle der Antragsteller als Veranlasser der Maßnahme übernehmen. Vorab solle mit dem Antragsteller noch einmal gesprochen werden.

Einige AM befürworteten diesen Vorschlag. Nachdem AV Imkeit den Ausschussvorsitz vorübergehend an die stellv. AV Frau Blankenheim abgegeben hat, spricht sie sich aus Gleichbehandlungsgründen und aus grundsätzlichen Erwägungen gegen den Vorschlag von AM Autenrieb aus. Sie befürchtet, dass man damit einen Präzedenzfall zur Umgestaltung von öffentlichem Verkehrsraum schaffen würde.

AM Blankenheim **beantragt**, dass die Aufpflasterung in der Straße Brummerforth in eine Fahrbahneinengung umgebaut wird, die dem heutigen baulichen Standard entspricht. Der Zweck der Verkehrsberuhigung müsse weiterhin erfüllt werden. Vorab seien die Baukosten hierfür zu ermitteln. Ebenfalls im Vorfeld müsse auch der Antragsteller über die Baumaßnahme informiert werden und dieser müsse die Übernahme der Kosten zusichern. Sofern der Antragsteller mit einer Übernahme der Kosten einverstanden sei, solle die Angelegenheit den Gremien nochmals zur Beratung vorgelegt werden.

Dieser Antrag wird zu folgendem Beschlussvorschlag erhoben:

Beschlussvorschlag:

Der Straßen- und Verkehrsausschuss empfiehlt dem VA, die Verwaltung zu beauftragen,

mit dem Antragsteller zu klären, ob dieser auch bereit ist, die Kosten für eine Umgestaltung der Aufpflasterung in eine Fahrbahneinengung nach heutigem Standard zu übernehmen, die den Zweck der Verkehrsberuhigung weiterhin erfüllt. Wenn dieser eine Kostenübernahme zusichert, soll die Angelegenheit dem Straßen- und Verkehrsausschuss zur abschließenden Beratung erneut vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	1
Stimmenthaltungen:	-

8 Winterdienst
Vorlage: BV/2012/070

AL Bischoff erläutert die Beschlussvorlage.

Einige AM berichten, dass nach ihren Erfahrungen in Süddeutschland mehr Sand und Splitt zum Abstumpfen verwendet werde.

Stellv. AM Dr. Witt bemängelt die oftmals unzureichende Räumung durch Anlieger. Anstatt den Schnee vom privaten Grundstück auf die öffentlichen Verkehrsflächen zu schaufeln, sollte dieser besser auf dem Grundstück belassen werden. Er regt an, die Bürger entsprechend zu informieren.

Dieser Meinung schließt sich AM Brettschneider an. Sie kritisiert das bei Frost sehr glatte Klinkerpflaster in Bad Zwischenahn.

Von AM Autenrieb wird bemängelt, dass es in jedem Jahr ab dem Herbst in den Geschäften Streusalz zu kaufen gäbe, obwohl die Verwendung von Salz grundsätzlich verboten sei. Er spricht sich für mehr Aufklärungsarbeit in der Öffentlichkeit aus. Auch die Verkaufsstellen müssten informiert werden, dass zum Streuen nur in Ausnahmefällen Salz verwendet werden dürfe. Als Alternative zur Verwendung von Salz spricht er sich für das Streuen von Sand aus. Zur Abstumpfung von glatten Flächen habe sich nach seiner praktischen Erfahrung Spielsand bewährt.

Anmerkung der Protokollführerin:

Die gemeindliche Straßenreinigungsverordnung regelt nur den Winterdienst auf **öffentlichen** Flächen. Dort darf Salz nur in Ausnahmefällen verwendet werden. Auf die Verwendung von Salz auf privaten Flächen (zum Beispiel Hofeinfahrten) hat die Gemeinde keinen Einfluss. Dort gilt diese Regelung nicht.

Nach Meinung von AM Autenrieb sollten sich die Räumdienste des Baubetriebshofes und der Straßenmeisterei eher an den tatsächlichen Straßenverhältnissen orientieren und nicht an zeitliche Vorgaben. Er vermisse allgemein das „Fingerspitzengefühl“ beim Streudienst.

Von FBL Meyer wird verdeutlicht, dass der Winterdienst auf den Schulbusstrecken Vorrang habe, um zu gewährleisten, dass die Schüler zur Schule kämen. Hierbei komme es nicht darauf an, ob die Straße eine Hauptverkehrsstraße sei oder nicht. FBL Meyer erklärt in diesem Zusammenhang die unterschiedlichen Zuständigkeiten des Streudienstes der Gemeinde und der Straßenmeisterei. Die Gemeinde verwende Feuchtsalz. Bei der Straßenmeisterei sei das „normale“ Streusalz im Einsatz. Vorteil von Feuchtsalz sei, dass es gezielt

auf die glatten Verkehrsflächen aufgebracht werden könne und sofort wirke. Darüber hinaus sei die eingesetzte Salzmenge geringer als beim Einsatz von Trockensalz.

Stellv. AM Dr. Witt berichtet darüber, dass es als Alternative zu Streusalz auch andere Produkte mit abtauender Wirkung gäbe. Als Beispiel führt er Kaliumchlorid und Harnstoff an.

Abschließend sprechen sich einige Ausschussmitglieder für mehr Öffentlichkeitsarbeit in Sachen Winterdienst aus. Zusätzlich zu den Presseinformationen, die jährlich an alle Zeitungen herausgegeben würden, könnten zum Beispiel Handzettel durch die Bezirksvorsteher verteilt werden. Stellv. AM Dr. Witt spricht sich dafür aus, in diesem Zusammenhang die ökologischen Vorteile hervorzuheben, die sich beispielsweise aus der Verwendung von Sand ergeben.

FBL Meyer sagt zu, dieses zu prüfen. Ansonsten werde der in Bad Zwischenahn praktizierte differenzierte Winterdienst wie in den Vorjahren weitergeführt.

Anmerkung der Protokollführerin:

Auf TOP 10 „Einwohnerfragestunde“ wird verwiesen. Dort ist die Wortmeldung einer Einwohnerin protokolliert, die sich in der Sitzung zum Thema „Winterdienst“ geäußert hat und die bereits vorab eine schriftliche Anfrage an die Gemeinde gestellt hatte. Die Einwohnerin, die sich aus ökologischen Gründen für eine Reduzierung des Winterdienstes ausgesprochen hat, hat nach der Sitzung eine umfassende schriftliche Antwort erhalten. Der Straßen- und Verkehrsausschuss nimmt zustimmend Kenntnis.

- 66, 32 -

9 Anfragen und Hinweise

9.1 Fahrradverkehr Wiefelsteder Straße/Oldenburger Straße

AM Autenrieb regt an, den Verkehr auf der Oldenburger Straße/Einmündungsbereich Wiefelsteder Straße „optisch zu verlangsamen“.

Er berichtet über gefährliche Situationen im Zusammenhang mit Radfahrern, die aus Richtung Wiefelstede kämen und im Kreuzungsbereich die Oldenburger Straße queren wollten, um in Richtung Oldenburg weiterzufahren.

Die Verwaltung wird diesen Hinweis zuständigkeithalber an das Nds. Landesamt für Straßenbau- und Verkehr weiterleiten und diesen Punkt in der Verkehrsbesprechung beim Landkreis ansprechen

- 66, NLStBV -

9.2 Barrierefreiheit, Bordsteinabsenkungen

AM Haake äußert sich positiv zu den bisher von der Verwaltung realisierten Maßnahmen zur Verbesserung der Barrierefreiheit.

Um noch mehr Wegeverbindungen für Gehbehinderte zu schaffen, spricht er sich dafür aus, an geeigneten Stellen weitere Bordsteine abzusenken.

9.3 Schaltung Ampelanlage Mühlenstraße

AM Haake bittet darum, die Schaltung der Ampelanlage Mühlenstraße zu überprüfen. Ihm sei aufgefallen, dass sich der Verkehr aus Richtung Ortsmitte (beim Kaufhaus CEKA) zurzeit stark aufstaut.

Anmerkung der Protokollführerin:

Die Aufstauungen vor der Ampelanlage Mühlenstraße hatten mit der neuen Abbiegespur auf das Gelände des Pflanzenmarktes zu tun. Die Detektorfelder der Ampelanlage wurden inzwischen neu ausgerichtet, so dass es zu keinen außergewöhnlich langen Aufstauungen mehr kommen sollte.

- 66 -

9.4 Zusätzliche Müllbehälter

AM Brettschneider spricht sich dafür aus, in der Ortsmitte entlang der Ortsdurchfahrt zwei bis drei zusätzliche Müllbehälter aufzustellen. Die Verwaltung wird den Hinweis prüfen.

- 66 -

9.5 Hundekot im Ufergarten

AM Brettschneider weist darauf hin, dass die Hundekotbeutelspender im Strandpark entweder leer oder kaputt seien.

Der Hinweis wird zuständigkeitshalber weitergeleitet an die Touristik GmbH.

- BTG, 32 -

9.6 Anpflanzung von Weißdorn

Da insbesondere beim geplanten Solarpark in Ekern eine Weißdornhecke angepflanzt bzw. eine bestehende Hecke verlängert werden soll, weist stellv. AM Helms darauf hin, dass Weißdorn der Pilzkrankheit Feuerbrand als Zwischenwirt diene und deshalb die Anpflanzung von Weißdorn entweder noch verboten ist oder war. Er bittet, dies zu prüfen.

Anmerkung der Protokollführerin:

Das Anpflanzungsverbot für Weißdorn gilt nicht mehr.

- 66, 61 -

9.7 Behindertenparkplätze entlang der Ortsdurchfahrt

Stellv. AM Dr. Witt weist darauf hin, dass es entlang der Ortsdurchfahrt keine Behindertenparkplätze gäbe. Er bittet, dies zu prüfen.

BM Dr. Schilling merkt an, dass dies entlang der Ortsdurchfahrt (In der Horst und Peterstraße) vermutlich aus Platzgründen nicht möglich sei. Aufgrund der dort bestehenden Längsparkstreifen sei dies auch gefährlich, da der Fahrer auf der Fahrbahnseite aussteigen müsse.

Anmerkung der Protokollführerin:

Ein schriftlicher Antrag der FDP-Fraktion liegt inzwischen vor. Die Angelegenheit wird geprüft und zur nächsten Sitzung des StruVA wieder vorgelegt.

- 66 -

10 Einwohnerfragestunde

10.1 Winterdienst

Eine Einwohnerin aus Ofen berichtet darüber, dass sie den Betreiber des Ofener Spar-Marktes schriftlich darum gebeten habe, auch Alternativen zu Streusalz anzubieten. Eine Antwort habe sie nicht erhalten.

Sie bittet die Gemeinde, bestimmte Straßen aus dem Streuplan herauszunehmen, da dort wertvolle Bäume stehen würden, die durch das Salz geschädigt werden könnten.

Sie appelliert an die Gemeinde, den Winterdienst nicht nur ökonomisch zu betrachten, sondern auch die ökologischen Folgen zu bedenken.

Abschließend zitiert sie einige Punkte aus Ihrem Schreiben an die Gemeinde vom 12.09.2011.

- 66, 32 -

AV Frau Imkeit schließt die Sitzung.

Imkeit
Ausschussvorsitzende

Meyer
Fachbereichsleiter

Hohensee
Protokollführerin